

der rote bote

DIE LINKE.

DIE LINKE
schafft
Arbeitsplätze

Seite 2

Konjunktur-
Programm II

Seite 3

Bürgermeister-
wahl

Seite 4

Heute erleben wir dramatische Zeiten:

Eine Weltwirtschaftskrise lässt Banken weltweit wie Kartenhäuser zusammen krachen.

Denjenigen, die durch maßlose Jagd nach Maximalprofit auf dem Globus Luftschlösser gebaut haben, platzen faule Kredite wie Seifenblasen.

Die Banken haben sich verzockt und der Staat rettet sie auf Kosten des Steuerzahlers.

Faule Kredite, die die Regierung mit „**schlechten Banken**“ abnimmt, bleiben letztlich bei der Allgemeinheit hängen.

So hat die Regierung mit einem 500 Milliarden-Programm ein Auffangnetz für die deutschen Banken gespannt. Trotz dieser unglaublichen Riesensumme bleibt der Nutzen fraglich, es scheint ein Fass ohne Boden zu werden.

Eins steht fest: Die Banken wollen sich auf Kosten von uns allen sanieren.

Wirtschaftskrise WER ZAHLT AM ENDE DIE ZECHEN?

Manche Banken sind schon wieder profitabel und machen prächtige Gewinne, sie haben Staatsgeld kassiert und machen jetzt schon wieder die gleiche riskante Geschäftspolitik wie vorher. Was der Staat auf Pump in das Banksystem geschossen hat, muss am Ende aber jemand bezahlen. Die große Koalition aus CDU und SPD lässt schon durchblicken, wie sie sich das denkt.

Mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25% sollen vor allem die kleinen Leute und der Mittelstand die Zeche bezahlen! Auch auf die Städte und Gemeinden, die sowieso schon in einer extrem schwierigen Lage sind, kommen zusätzliche Belastungen zu. Weitere Kürzungen im Bereich der allgemeinen Vorsorge durch die Kommunen sind so vorprogrammiert.

Genauer erfahren wir erst nach den bevorstehenden Wahlen. Vorher rücken sie mit ihren Plänen nicht heraus.

Das heißt: bei den Wahlen wird darüber entschieden, wer am Ende die Zeche zahlt, von wem die meisten Opfer verlangt werden.

DIE LINKE macht sich dafür stark, dass diejenigen die Kosten der Wirtschaftskrise und die riesige Verschuldung bezahlen, die die Krise verursacht haben. Wir lassen die Banken nicht aus der Verantwortung. Je stärker **DIE LINKE** wird, desto schwieriger wird es für die große Koalition dem Bürger das Fell über die Ohren zu ziehen.

Es gibt diesmal gute Gründe wählen zu gehen.

Probleme? Wir helfen!

**Bürgersprechstunde und
Beratung der LINKEN!**

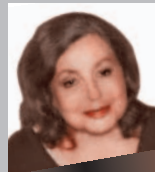
Hilfesuchende Bürgerinnen und Bürger können sich an uns wenden.

Wir stehen Ihnen jeden Mittwoch zwischen 17:00 und 19:00 Uhr im Kulturzentrum AGORA, Zechenstr. 2a in Ickern zur Verfügung.

GEHEN SIE DIESMAL WÄHLEN!!

DIE LINKE

schafft Arbeitsplätze!



Angelika Aimene-Wiegold
Ratsfrau der LINKEN

24 Arbeitsplätze bei der Stadt Castrop-Rauxel, 200 Arbeitsplätze für den Kreis Recklinghausen!

Ein voller Erfolg für DIE LINKE.!

Vollzeitarbeitsplätze, tariflich bezahlt und sozialversicherungspflichtig. Möglich durch die Förderung des Bundes. Der Bund übernimmt 75% der anfallenden Lohnkosten, den Rest soll der Unternehmer selber tragen.

Das Ganze nennt sich Jobperspektive.

Leider fanden sich kaum Unternehmen, die Hartz IV Empfänger unter diesen Bedingungen einstellen wollten.

Herr Claus, Bürgermeisterkandidat der CDU, wettete über anfallende Kosten, unbezahlbar! Man solle Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft schaffen und bei der Stadt eher welche abbauen!

Leider wollte bisher kaum ein Unternehmen Mitarbeiter einstellen, die nur 25 % des üblichen Gehaltes kosten, das ist den Arbeitsplätze Schaffern in der freien Wirtschaft noch zu teuer!

Mit fantasievollen Berechnungen, von in der Zukunft bei der Stadt zu erwartenden Kosten, tat sich Herr Postel von der FWI hervor.

DIE LINKE hat überzeugt!

Zahlreiche Gespräche, ein Dringlichkeitsantrag, weiterer Druck von unserer Seite und ein einfaches Rechenbeispiel, machten klar, dass der Stadt keine Kosten entstehen, wenn Sie als Arbeitgeber auftritt.

Die 25 % Eigenbeteiligung an den Lohnkosten finanziert sich selber.

Die 200 neuen Arbeitsplätze werden auf die einzelnen Kreisstädte anteilig verteilt. Castrop-Rauxel bekommt 24 davon. Durch diese Arbeitsplätze werden Unterkunftskosten eingespart. Die Unterkunftskosten für Hartz IV Empfänger werden von den

Kommunen getragen.

Die neuen Mitarbeiter können nun endlich wieder für ihren eigenen Unterhalt sorgen. Jetzt dürfen und können sie wieder viele, den Sparmaßnahmen der regierenden Parteien zum Opfer gefallenen, notwendigen Arbeiten für die

Allgemeinheit leisten.

Die Infrastruktur liegt brach! Es gibt viel zu tun!

Auf diese Weise können in Zukunft noch viele sinnvolle Arbeitsplätze in unserer Stadt und in anderen Städten geschaffen werden. Die Kaufkraft würde stetig steigen, wir könnten uns ein angenehmes, sauberes Lebens- und Wohnumfeld schaffen, ein wachsender Binnenmarkt, alles das wäre ein Segen für jede Kommune.

DIE LINKE macht weiter! Wir sind der Meinung, dass es langsam an der Zeit sei, dass diese Möglichkeit der Beschäftigung auch von den Trägern der 1 Euro Jobs genutzt wird. Laut Auskunft der Vestischen Arbeit Castrop-Rauxel, vom 13. August 2008, gab es derzeit 328 Arbeitsgelegenheiten, also 1 Euro Jobs, verteilt auf 35 Träger, allein in Castrop-Rauxel.

Es ist ein Skandal, dass jeder dieser 1 Euro Jobs den Trägern der Maßnahme mehr einbringt als den Beschäftigten.

Wir fordern die Umwandlung von 1 Euro Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte, Vollzeitarbeitsplätze nach dem Prinzip der Jobperspektive!

Wir alle profitieren davon! Das muss nur in die Köpfe der Verantwortlichen!



Konjunkturprogramm II - oder: Von armen Städten und armen Bürgern



Ingo Boxhammer
Landratskandidat der Partei
DIE LINKE

Die sogenannten "Sozialpolitiker" von SPD/CDU - GRÜNEN und der FDP, bei den letzten habe ich keine gefunden, haben es in den letzten 10 Jahren fertig gebracht, den "Sozialstaat" so um- und abzubauen, dass Reallohnverlust, Rentenkürzungen, öffentliche Leistungsver schlechterung und andere soziale Einschnitte, verbunden mit enormen Steuerausfällen bei den reichsten der Reichen die Folge waren.

Schamlos wurde der gesellschaftliche Reichtum von Unten nach Oben umverteilt.

Die "starken Schultern" hatten immer weniger zu tragen. Der Spitzensteuersatz für die Millionäre und die Betriebssteuern wurden um mehr als 10 % gesenkt. Die Vermögenssteuer wurde abgeschafft. Die Milliarden der oberen Zehntausend, die sie jetzt zusätzlich erhielten, wollten von diesen Herrschaften "angelegt" werden. Der Spekulation war damit Tür und Tor geöffnet. Das Spiel-Casino der internationalen Banken stand ohne jedes Regelwerk bereit. Die Spekulationsblase bei Öl und Energie auf fallende oder steigende Preise, bei vorhandenen oder auch nicht vorhandenen Aktien auf deren Anstieg oder Absacken wurde aufgepumpt und wuchs und wuchs und wuchs.....

Jetzt ist diese Blase geplatzt und SPD und CDU legen ein Konjunkturprogramm nach dem anderen auf. Sie stolpern von einer Milliarden-Bürgerschaft zur nächsten. Das alles geschieht, um diesen maroden und wild gewordenen Kapitalismus zu retten.

Noch größeres Massenelend ist zu erwarten.

Weitere massive Einschnitte in die Sozialleistungen sind zu befürchten. Um das Wirtschaftsgefüge nicht zusammenbrechen zu lassen, werden

innerhalb weniger Wochen 2 "Konjunktur-Programme" aufgelegt. Dieses zweite Konjunktur-Programm soll nun den Kommunen "zugute" kommen, damit heruntergekommene Schulen, öffentliche Bäder und andere Einrichtungen saniert und verkommene Straßen und Plätze hergerichtet werden.

A b e r : Die Gemeinden und Städte haben innerhalb dieses Programms "Eigenanteile" in Millionenhöhe aufzubringen.

Wie soll das gehen, wenn nahezu alle Städte des Ruhrgebietes pleite sind? Packen sie einmal einem nackten Mann in die Tasche!

Mit dem Konjunkturprogramm II sollen dringend notwendige Reparaturen und Modernisierungen durchgeführt werden, **- das ist gut!**

Aber mit dem sogenannten Eigenanteil sollen die Städte und Gemeinden weiter in die Schuldenfalle getrieben werden, **- das ist schlecht.!**

Immer mehr Leistungen des Bundes werden den Städten auferlegt, ohne auch die notwendigen Gelder dazu ausreichend vom Bund zur Verfügung zu stellen, - das ist und bleibt ganz schlecht. Das kann so nicht weiter gehen.

Also:

Ein Konjunkturprogramm II ist richtig:

- **wenn** die armen Kommunen keine finanziellen Eigenbeiträge aufbringen müssen (Es ist nämlich nichts mehr da!)

- **wenn** Programme, die die Ausweitung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung damit geschaffen werden und die 1€Jobs verschwinden.

- **wenn** eine bessere öffentliche Infrastruktur, wenn umweltfreundliche Busse und Bahnen für alle bezahlbar zur Verfügung gestellt werden.

- **wenn** eine ökologische Sanierung bei der Energieversorgung in öffentlichen Gebäuden, die allgemeine Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung in allen Neubaugebieten und Zug um Zug in allen Siedlungsgebieten, gekoppelt mit regenerativer Energie, eingeleitet wird.

Konjunkturprogramm II liest sich gut - Aber der Inhalt und die Richtung muss stimmen.

DIE LINKE. wird die soziale Gerechtigkeit bei all diesen Programmen einfordern!

DIE LINKE. fordert:

Was Banken und Konzernen zugeschanzt wird, darf den armen Gemeinden und seinen Bürgern nicht verweigert werden!

Wir brauchen sofort einen Entschuldungsfonds des Landes zum Abbau der Altschulden der Städte, sonst ist nichts mehr da, wober die Räte der Städte beschließen können.

Wir brauchen einen gerechten Finanzausgleich des Steueraufkommens für Bund, Land und die Kommunen.

Wir brauchen eine 3. Kammer mit Vetorecht als Interessenvertreter der Städte und Gemeinden. Sie soll neben Bundestag und Bundesrat eingerichtet werden.

Was sie von den neoliberalen Sozialabbau-Trupps der CDU/SPD/Grünen und FDP um Missfelder, Münterfering, Steinbrück, Merkel, Westerwelle und Co zu erwarten haben,

dass wissen sie ja längst. DIE LINKE. wird die Interessen der abgehängten, der ausgegrenzten, der systematisch in die Armut getriebenen Familien und Rentner und der

Menschen, die von ihrer Arbeit nicht mehr selbständig und würdevoll leben können, kompromisslos vertreten - **Auch das wissen sie ja längst.**

" Diesmal DIE LINKE wählen "

Die Wellen in der Lokalpresse schlagen hoch. Reißerisch wird ein Bündnis zwischen LINKEN und SPD an die Wand gemalt. Sogar von einem bedrohlichen "schlimmen Pakt" (Ruhr Nachrichten) und einem "unanständigen Kuhhandel" (CDU) ist die Rede. Was ist die Ursache für solch künstliche Aufregung? DIE LINKE in Castrop-Rauxel hat sich entschlossen keinen Bürgermeisterkandidaten aufzustellen. Im Gegenzug wurde mit der SPD in Gesprächen drei Punkte vereinbart, die uns wichtige soziale Anliegen sind.

1. Schaffung von mindestens 24 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen nach §16 e SGB II, die ein selbständiges Leben ermöglichen. Eine deutliche Ausweitung wird angestrebt. D.h. Einstieg in öffentliche Beschäftigung in allen erdenklichen Bereichen der Stadt. (Ö B S)
2. Die Absicht einer deutlichen Stärkung des CAS- Pass; mit intensiver Werbung für diesen und Anhebung der Bemessungsgrenze, so dass wesentlich mehr Betroffene CAS-Pass berechtigt werden.

3. Einrichtung eines Beirats für den Bildungsfond.

Man kann nun sagen; 24 neue Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, das ist nicht viel, wir meinen aber, dass es in Zeiten in denen Massenarbeitslosigkeit herrscht, wichtig ist, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen und einen Einstieg in öffentliche Beschäftigung zu schaffen, als einen reinen Zählkandidaten ins Bürgermeisterrennen zu schicken. Der SPD waren die Möglichkeiten von §16a nicht klar. Dahin haben wir sie in Stadt und Kreis erst geschubst.

Auch die weitere Verbreitung des CAS-Pass, den die LINKE durchgesetzt hatte, hilft ganz praktisch bedürftigen Menschen.

Vorentscheidungen für die Zeit nach der Kommunalwahl sind mit diesen 3 Festlegungen nicht verbunden. Da zählen dann die Wahlergebnisse.

Eins ist klar: wir rufen nicht dazu auf, diesen oder jenen Bürgermeisterkandidaten zu wählen. Das ist nicht Bestandteil der Verabredung. Dies trotzdem als " Pakt " zu bezeichnen

ist schon hahnebüchener Blödsinn. Da hat die RN den Wahlkampf gegen die LINKE eröffnet. Für uns als Oppositionspartei sind Beisenherz oder Claus u.a. kaum unterscheidbar, keine Alternative.

Deshalb unsere Empfehlung

Die Linke wird sich im Kommunalwahlkampf darauf konzentrieren mit ihren sozialpolitischen Themen zu punkten. Irgendwelche Kungeleien im Hinterzimmer braucht uns keiner zu unterstellen und sind mit uns auch nicht zu machen.

Wir machen offene und öffentliche Politik.

WAHLEN 2009
Original sozial

Impressum

DIE LINKE. Castrop-Rauxel
c/o Siegfried Kulosa (V.i.S.d.P.)
Bergstr. 16
44575Castrop-Rauxel

E-Mail: info@die-linke-cas.de

www.die-linke-castrop.de

Sparkasse Vest
DIE LINKE.-Kreis Recklinghausen
Kto-Nr. 4367 BLZ 426 50 150

"DER ROTE BOTE"

JETZT MITMACHEN!

Wer nicht mehr nur Zuschauer sein will und an einem echten Neuanfang für eine starke LINKE in Deutschland teilnehmen will, ist herzlich willkommen!
Interessiert?

Wir treffen uns jeden
1. und 3. Montag um 19:30 Uhr
in der Gaststätte
"Haus Oestreich"
(Frohlinger Str./Grimbergstr.).

Neben dem persönlichen Engagement sind natürlich auch Geldspenden für linke Politik in Castrop-Rauxel und für den Fortbestand von "der rote bote" erwünscht.

Jeder Euro zählt!

DIE LINKE.
www.die-linke-castrop.de